

Wie im Kalten Krieg 27.10.2015



MOSKAU/BERLIN (Eigener Bericht) - Berlin kündigt für 2016/17 ein "deutsch-russisches Jugendjahr" an. Wie der ehemalige Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) letzte Woche zum Abschluss einer deutsch-russischen Kooperationstagung ("Petersburger Dialog") erklärte, sei die Zusammenarbeit zwischen den Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands "wichtiger denn je".

Deshalb müsse das Bestreben der Bundesregierung, den deutsch-russischen Schüleraustausch zu intensivieren, unterstützt werden. Schon zu Beginn des Petersburger Dialogs, der nach einjähriger Pause wieder stattfand, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel geäußert, Deutschland sei "an einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland gelegen". Wirtschaftsfunktionäre urteilen, der Wille zur Zusammenarbeit, der über dem Ukraine-Konflikt verlorengegangen sei, wachse inzwischen "auf beiden Seiten" wieder. Einen "diplomatischen Prozess" unter Führung Berlins zur weiteren Annäherung hat der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, für die Zeit des deutschen OSZE-Vorsitzes ab dem 1. Januar 2016 in Aussicht gestellt. Ischinger zieht ausdrücklich Parallelen zur sogenannten Entspannungspolitik im Kalten Krieg. Aus dieser ging der Westen als Sieger hervor.

Deutsch-russisches Jugendjahr

Zum Abschluss des diesjährigen "Petersburger Dialogs" hat der ehemalige Kanzleramtschef (2009 bis 2013) Ronald Pofalla am vergangenen Freitag für 2016/17 ein "deutsch-russisches Jugendjahr" angekündigt. "Die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit" sei "heute wichtiger denn je" und "ein tragendes Element unserer Beziehungen", erklärte der langjährige CDU-Politiker: Deshalb müsse die Absicht der Regierungen Deutschlands und Russlands, "die Austausch- und Begegnungsprogramme für Schüler und Jugendliche deutlich zu intensivieren", unterstützt werden.[1] Der Petersburger Dialog, der 2001 erstmals abgehalten wurde, dient seinerseits dem Ausbau der Kontakte zwischen den Gesellschaften Deutschlands und Russlands; er hat Ende vergangener Woche wieder stattgefunden, nachdem Berlin ihn 2014 wegen des Konflikts zwischen dem Westen und Russland abgesagt hatte. Mehr als 200 Personen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beider Länder waren am Donnerstag und am Freitag in Potsdam zusammengekommen, um unter dem Motto "Modernisierung als Chance für ein gemeinsames europäisches Haus" über die bilateralen Beziehungen zu diskutieren. Die Veranstaltungsreihe soll im kommenden Juni in Sankt Petersburg fortgesetzt werden.

Verlässliche Partnerschaft

Bereits zu Beginn des diesjährigen Petersburger Dialogs hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel sich für eine allgemeine Intensivierung der Kooperation mit Russland ausgesprochen. Sie nahm nicht an der Veranstaltung teil, hatte jedoch ein Grußwort übermitteln lassen, in dem es hieß: "Deutschland ist an einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland gelegen." Zwar stünden die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf einem "harten Prüfstand". "Doch nur wenn wir miteinander statt nur übereinander reden, können wir neue Grundlagen schaffen, um darauf unsere Beziehungen und unsere Zusammenarbeit weiter aufzubauen", erklärte Merkel.[2] Ähnlich äußerten sich weitere Unionspolitiker. "Wir haben ein großes Interesse an einem Neuanfang in den Beziehungen zu Russland", bekräftigte der ehemalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU): "Denn es gibt zu viele Themen und Herausforderungen, die wir besser mit einem Partner Russland regeln können."[3] Der Vorsitzende der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe, Bernhard Kaster (CDU), nannte zudem praktische Einwände gegen die aktuelle Sanktionspolitik: Es sei "wenig hilfreich", dass Russland in jüngster Zeit deutschen Parlamentariern die Einreise verweigere; "gleiches gilt jedoch auch für russische Abgeordnete, die nicht zu Gesprächen nach Deutschland reisen können, weil sie auf der europäischen Sanktionsliste stehen." Dies hindere die Abgeordneten daran, ihre

"Brückenfunktion zwischen beiden Parlamenten, aber auch zwischen Parlament und Regierung" wahrzunehmen.[4]

Neustart der Ostpolitik

Massiver Druck, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland wieder zu intensivieren, kommt schon lange aus Teilen der deutschen Wirtschaft. Die deutschen Ausfuhren nach Russland gingen im ersten Halbjahr 2015 um gut 31 Prozent zurück und lagen bei nur noch 10,5 Milliarden Euro. Für das Gesamtjahr 2015 schätzt der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft das Volumen der Russland-Exporte auf rund 20 Milliarden Euro - "eine Halbierung gegenüber 2012", klagt der Verband. Russland falle damit auf der Rangliste der deutschen Ausfuhren hinter weitaus kleinere Länder wie Schweden und Ungarn zurück.[5] Mitte vergangener Woche berichtete der Ost-Ausschuss nun, bedeutende Wirtschaftsverbände aus Deutschland und Russland hätten sich "zu einer neuen Unternehmerplattform zusammengeschlossen". Beteiligt seien neben dem Ost-Ausschuss und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK) der Verband der russischen Industriellen (RSPP) und die Mittelstandsvereinigung Delowaja Rossija. Man wolle "auf politischer Ebene wieder mehr Gesprächsbereitschaft" erwirken, erklärte AHK-Präsident Rainer Seele, Chef des österreichischen Erdöl- und Erdgaskonzerns OMV: "Wir spüren in den letzten Wochen und Monaten deutlich, dass der Wille dazu auf beiden Seiten wächst".[6] Anlässlich des Petersburger Forums forderte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes: "Wir brauchen einen selbstbewussten Neustart der Ostpolitik! Es steht für den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft außer Frage, dass dabei auch die Wirtschaft eine wichtige Rolle übernehmen kann und muss."[7]

Unter deutscher Führung

Die Voraussetzung dafür, dass die Sanktionen gegen Moskau aufgehoben und die Beziehungen wirksam verbessert werden können, ist die Umsetzung des zweiten Minsker Abkommens. Dies hat die EU auf deutsche Initiative beschlossen. Über die Bedeutung dieses Beschlusses hat sich in der vergangenen Woche der Russland-Koordinator der Bundesregierung, Gernot Erler (SPD), geäußert. Wie Erler erläuterte, war "die Herstellung eines dauerhaften Konsenses" in der EU durch Berlin die "Voraussetzung dafür, dass Europa als Verhandlungspartner überhaupt ernst genommen werden konnte": Womöglich werde man in der Zukunft "in den Annalen dieser Monate lesen, dass es die wesentliche Leistung der deutschen Politik war, diese politische Einigkeit zwischen den 28 EU-Mitgliedsstaaten herzustellen und zu bewahren".[8] Tatsächlich hat die Bundesregierung, indem sie in jüngster Zeit auf die Einhaltung des zweiten Minsker Abkommens gedrungen hat, nicht nur die Chance auf ein Ende des Bürgerkriegs in der Ostukraine verbessert, sondern zugleich ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, Elemente einer Neuordnung Europas aus eigener Macht durchzusetzen. In den Jugoslawien-Kriegen der 1990er Jahre wurden entsprechende Verhandlungen noch von den USA dominiert. An der Einigung auf die Minsker Abkommen war Washington nicht mehr beteiligt.

Schlüsselrolle

Für den Fall, dass es gelingt, das zweite Minsker Abkommen umzusetzen, hat nun einer der Hauptredner beim Petersburger Dialog, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, konkrete Vorschläge zum Ausbau der Kooperation gemacht. Man solle etwa "die Wiederbelebung des Nato-Russland-Rats" in Angriff nehmen, schrieb Ischinger in einem Beitrag für eine führende deutsche Tageszeitung. Darüber hinaus solle man "einen neuen und robusten diplomatischen Prozess" beginnen. "Deutschland übernimmt vom 1. Januar 2016 an den Vorsitz in der OSZE", rief Ischinger in Erinnerung: "Der hier vorgeschlagene diplomatische Prozess könnte von Berlin, unterstützt von der OSZE-Troika, initiiert werden." Ischinger erklärte, Russland und Deutschland hätten "in diesem Prozess, wenn er denn zustande kommt, eine Schlüsselrolle zu spielen" - "wegen der geschichtlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, wegen der großen Tradition der Ostpolitik", nicht zuletzt aber auch "wegen des deutschen Engagements in der Ukraine-Diplomatie".[9]

Doppelstrategie

Ischinger benannte schließlich auch den strategischen Rahmen, in dem die neue Zusammenarbeit mit Russland seiner Auffassung nach steht. "Wir sollten der vor Jahrzehnten aus dem Harmel-Bericht erwachsenen Doppelstrategie folgen", forderte der deutsche Diplomat: "einerseits die robuste Verteidigung des Bündnisgebiets ..., andererseits aber das Offenhalten der Tür, wenn und falls Moskau sich für eine Wiederrückwendung gen Westen entscheiden sollte".[10] Der Harmel-Bericht aus dem Jahr 1967 bereitete den Boden für die zweite Phase des Kalten Kriegs, in der der

Westen die militärische Abschreckung mit wirtschaftlicher Kooperation verband. Parallelen liegen heute offen zutage: Während in Berlin die Forderung nach ökonomischer Zusammenarbeit lauter wird, rüstet sich die NATO für eine Verschärfung der militärischen Drohpolitik gegenüber Russland (german-foreign-policy.com berichtete [11]). Diese Konstellation entspricht in jeder Hinsicht deutschen Interessen: Während die Anbahnung einer neuen Phase deutsch-russischen Handels deutschen Unternehmen neue Profite bringt, hält die NATO Russland unter Druck. Die angebliche Entspannungspolitik mündete im Kalten Krieg in den Sieg des Westens.

Mehr zum Thema: [Krieg mit anderen Mitteln](#) , [Ein Ring um Russland \(II\)](#) , [Krieg mit anderen Mitteln \(II\)](#) , [Die Zeit der Waffen](#) , [Sieg im zweiten Kalten Krieg](#) und [Deutsch-russische Leuchtturmprojekte](#) .

[1] 14. Petersburger Dialog vom 22.-23.10.2015 in Potsdam: "Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit heute wichtiger denn je". www.petersburger-dialog.de.

[2] Merkel für Dialog mit Russland. Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.10.2015.

[3] Franz Josef Jung: Wir brauchen Russland. www.tagesspiegel.de 21.10.2015.

[4] Merkel für Dialog mit Russland. Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.10.2015.

[5] 1. Halbjahr 2015: Deutsche Russland-Exporte gehen um 31 Prozent zurück. www.ost-ausschuss.de 24.08.2015.

[6] Deutsch-Russische Unternehmerplattform gegründet. www.ost-ausschuss.de 21.10.2015.

[7] Eckhard Cordes: Mehr Ostpolitik wagen! www.tagesspiegel.de 22.10.2015.

[8] Gernot Erler: Die deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand. www.tagesspiegel.de 22.10.2015.

[9], [10] Wolfgang Ischinger: Deutschland, Russland: Neubeginn nach dem Scheitern? Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.10.2015.

[11] S. dazu [Kriegsführung im 21. Jahrhundert](#) und [Botschaft an die Weltöffentlichkeit](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com